



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

24. Januar 2022
Bossart Rolf

P 776 Postulat Hartmann Armin und Mit. über den Vorschlag von SVP, Die Mitte und FDP zur Erhöhung der Reaktionszeit auf unerwartete Veränderungen bei der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank / Finanzdepartement

Das Postulat P 776 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Riccarda Schaller lehnt die dringliche Behandlung ab. Armin Hartmann hält an der Dringlichkeit fest.

Riccarda Schaller: Ich muss gestehen, dass es nicht ganz einfach war, das Postulat zu verstehen. Im Titel steht «Erhöhung der Reaktionszeit», die Postulatsforderung liest sich nachher wie eine Motion, und in der Begründung am Schluss merkt man, dass es eigentlich ein Prüfauftrag ist, mit dem man wissen will, ob man eine Gesetzesänderung braucht oder nicht, um das Anliegen umzusetzen. Zur Dringlichkeit: Mit Blick auf die offiziellen Dringlichkeitskriterien kann man dieses Postulat nicht dringlich erklären. Das Geschäft erfüllt gerade einmal zwei von fünf Kriterien, nämlich dass es in die Zuständigkeit des Kantons fällt und kein laufendes juristisches Verfahren tangiert. Es braucht zu diesem Thema weder eine umgehende politische Stellungnahme – in den vergangenen Budgetdebatten haben wir die Unplanbarkeit der SNB-Gelder ausgiebig diskutiert – noch erträgt das Anliegen keinen Aufschub. Ich wüsste nicht, warum es gerade jetzt diskutiert werden muss. Das Anliegen kann selbstverständlich in der ordentlichen Budgetdebatte eingebracht werden. Wir erwarten von den bürgerlichen Parteien, dass sie ihre Anliegen im ordentlichen, sehr breit aufgestellten Prozess der Budgetdebatte einbringen. Wenn es bei diesem Vorstoss tatsächlich um die Abklärungen über die Notwendigkeit der Anpassung der Gesetzesgrundlagen geht, haben wir in der Verwaltung kompetente Mitarbeitende, die diesbezüglich Auskunft erteilen können. Ich muss doch noch etwas loswerden, auch wenn es eine inhaltliche Dimension hat: Nachdem die Vorstösserpartei an der letzten Session mit Scheuklappen eine Steuerfussissenkung durchgeboxt hat, von der kaum jemand in diesem Saal wirklich etwas merken wird und auch die Bevölkerung nicht, kommt sie jetzt mit dringlichem Massnahmenaktivismus, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Ich verstehe dieses Vorgehen nicht. Für mich ist eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik etwas anderes. Was in diesem Vorstoss steht, war absehbar. Ich diesem Sinn beantragen wir die Ablehnung der Dringlichkeit.

Armin Hartmann: Ich beschränke mich auf die Dringlichkeit. Das Thema ist ganz klar dringlich, die Arbeiten an der Justierung des Finanzleitbildes laufen und sind kurz vor dem Abschluss. Wir dürfen Mitte Jahr mit dem Ergebnis rechnen. Wenn der Kantonsrat hier noch Einfluss nehmen will, muss er sich heute zu diesem Thema äussern. Wenn er das nicht will, kann er darauf verzichten und allenfalls noch Bemerkungen dazu machen. Das ist nicht unser Ansatz. Wir müssen heute darüber sprechen, weil sonst das Fenster zugeht.

Unterstützen Sie die Dringlichkeit.

Michael Ledergerber: Seien wir doch ehrlich: Es spricht nichts dafür, diesen Vorstoss dringlich zu erklären. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf abzuklären, ob die geforderte Praxis mit dem Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen konsistent ist oder ob es zur Umsetzung eine Gesetzesanpassung braucht. Hat diese Forderung ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, sodass die Öffentlichkeit die umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates erwartet? Nein. Erträgt das Anliegen keinen Aufschub, weil es in einer späteren Session wegen des Zeitablaufs gegenstandslos würde? Nein. Es bleibt bis zum nächsten AFP genügend Zeit, all dies zu überprüfen. Dieser Vorstoss von Armin Hartmann ist ein massiver Einschnitt in die Finanzpolitik des Kantons Luzern. Diese erfordert Weitsicht, ein genaues Prüfen, Ausgewogenheit und Sorgfalt. Diese Frage nun im Eilverfahren zu beantworten, zeugt von Aktivismus. Bei diesem Vorstoss geht es nicht mehr um die Steuern, sondern um Leistungen. Finanzen künstlich knapp zu halten und keine Argumente zu haben, um Leistungen abzubauen, ist der falsche Weg. Ich bitte Sie im Sinn der Sorgfalt, diesen Vorstoss nicht dringlich zu erklären.

Guido Roos: Die Mitte-Fraktion wird die Dringlichkeit unterstützen. Dieses Thema muss jetzt auf den Tisch kommen. Wenn es als Postulat an dieser Session behandelt würde, ist es noch nicht inhaltlich ausgearbeitet. Wir müssen das jetzt anstossen, wie es Armin Hartmann gesagt hat. Wir wollen die Chancen und Risiken, die uns die erhöhten Gelder der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bieten, mit Bedacht angehen und verhindern, dass wir irgendeinmal wegen Veränderungen der SNB-Gelder in kurzfristige Sparmassnahmen oder Steuerfussveränderungen hineinkommen. Deshalb bitte ich Sie alle, die Dringlichkeit des Postulats zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir arbeiten aktuell am Finanzleitbild und an der Vorbereitung des Aufgaben- und Finanzplanes (AFP). Wenn Sie wollen, dass in diese Arbeiten derartige Überlegungen einfliessen, dann ist die Dringlichkeit sicher gegeben. Ich bitte Sie daher, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 72 zu 37 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Antrag Nussbaum Adrian: Wiederholung Abstimmung zum Postulat P 776.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Adrian Nussbaum mit 96 zu 7 Stimmen zu. Somit wird über die dringliche Behandlung des Postulats P 776 erneut abgestimmt.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 72 zu 40 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.